Beschlussvorlage

Tagesordnungspunkt:

Antrag auf Errichtung und Betrieb einer Deponie für Erdaushub auf den Grundstücken Gemarkung Marienheide, Flur 53, Flurstücke 991/49 und 1180/49 in Marienheide – Gogarten.

Beratungsfolge:	Abstimmungsergebnis			Sitzungs- termin
	einst.	Enth.	Gegen.	
Bau- und Planungsausschuss				30.08.2001

Finanzielle Auswirkungen: Nein

Sachverhalt:

Es ist beabsichtigt in einem ehemaligen Steinbruch bei Marienheide – Gogarten eine Erddeponie einzurichten. Die Erschließung wird über eine ehemalige Bahntrasse angelegt. Es werden 194.000 m³ Deponievolumen zur Verfügung gestellt, die in 4 Jahren erreicht werden sollen.

Die für die Deponie erforderlichen Grundstücke befinden sich im **Eigentum des Antragstellers**. Das Grundstück für die **Zuwegung** liegt im **Eigentum der Gemeinde Marienheide**. Das Einverständnis der Gemeinde wurde zwischenzeitlich erteilt.

Die Errichtung und der Betrieb der Erddeponie dient der Verfüllung eines stillgelegten Steinbruchs. Hier soll ausschließlich Bodenaushub aus Baumaßnahmen zur Ablagerung kommen. Ebenfalls ist der Einsatz von Straßenaufbruch und Bauschutt für die Befestigung vom Betriebswegen innerhalb des Deponiegeländes vorgesehen.

Aufgrund der Tatsache, dass sich die im Bereich der Gemeinde Marienheide befindliche Erddeponie Kotthausen kurzfristig das zur Verfüllung genehmigte Volumen erreicht hat, die Ablagerung von Bodenaushub auf der Zentraldeponie Leppe nur zu Rekultivierung erfolgen soll und somit keine Möglichkeit zur Entsorgung von Grubenaushub aus öffentlichen und privaten Baumaßen besteht, ist es **dringend erforderlich, eine Bodenaushubdeponie zu errichten und zu betreiben**. Diese soll öffentlich zugänglich sein. Durch die Oberbergische Erddeponiebetriebe GmbH ist zudem ein flächendeckendes Netz von Erddeponien im Kreisgebiet geplant.

Unter der Prämisse niedriger Erschließungskosten, sowie verkehrstechnisch günstige Anbindung durch die Lage unmittelbar an der B 256 bietet sich der vorgenannte Deponiestandort an.

Bei dem Standort handelt es sich um einen stillgelegten Steinbruch, indem kein Abbaubetrieb

mehr stattfindet. Zur Ablagerung soll **ausschließlich unbelasteter Bodenaushub gelangen** (Erde, Steine, Beton, Ziegel und Asphalt)

Die Ablagerung erfolgt auf einer Fläche von ca. 2.16 Hektar.

Die Zufahrt zur geplanten Deponie erfolgt abzweigend von der B 256 über die Zufahrt zum ehemaligen Bahnhof Märchenwald, sowie über die ehemalige Bundesbahntrasse, die im Eigentum der Gemeinde Marienheide liegt. Ein Linksabbiegen in die Deponie aus Marienheide kommend wird untersagt.

Die im Eigentum der Gemeinde liegende Bahntrasse wurde zwischenzeitlich zu einem Radgehweg umgebaut. Der Bereich der Zufahrt zur geplanten Deponie wird hierbei ausgespart. Die Betreiber der Deponie haben sich verpflichtet, dass noch fehlende Teilstück unmittelbar nach Verfüllung der Deponie zu ihren Lasten herzustellen.

Die Deponie wird als öffentlich zugängliche Erddeponie betrieben. Die Beschickung erfolgt nur nach vorheriger Anmeldung. Aus diesem Grund ist eine dauernde Beaufsichtigung nicht erforderlich.

Nach Abschluss der Verfüllung wird das Gelände entsprechend dem landschaftspflegerischen Begleitplan mit heimischen Gehölzen bepflanzt.

Da es sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handelt und auch um die Maßnahme zeitlich nicht unnötig zu verzögern sind verwaltungsseitig **keine Bedenken als Träger öffentlicher Belange erhoben worden..**

Beschlussvorschlag:

Der Bau- und Planungsausschuss nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass als Träger öffentlicher Belang keine Bedenken bezüglich der Errichtung und des Betriebes einer Deponie für Erdaushub in Marienheide – Gogarten Gemarkung Marienheide, Flur 53, Flurstücke 991/49 und 1180/49, erhoben werden.

In Vertretung

Hans-Dieter Hütt

Marienheide, 02. Juli 2001